



Inhalt

[54. dbb Jahrestagung: Der Öffentliche Dienst – Vorbild und Vorteil für Deutschland+++](#)

[Einkommensrunde Länder - dbb Spitze: Wir wollen von der Politik wissen, was der öffentliche Dienst wert ist“+++](#)

[Einkommensrunde Länder 2013 - Russ: Bei der Lehrereingruppierung müssen wir vorankommen+++](#)

[Föderalismusreform: dbb Chef Dauderstädt sieht Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse gefährdet+++](#)

[dbb gegen weitere Privatisierungen staatlicher Aufgaben und Einrichtungen+++](#)

[dbb bundesfrauenvertretung: Familienfreundlichkeit entscheidet im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb berlin fordert Angleichung der Beamteneinkommen an bundesweit übliches Niveau+++](#)

[BBW-Chef Stich empört über Neuregelung des Haushaltsbegleitgesetzes: Schlechterstellung freiwillig weiterarbeitender Beamter ist ungerecht!+++](#)

[tbb fordert erneut Streichung der Praxisgebühr auch für Thüringer Beamte+++](#)

[DPhV begrüßt Vorstoß Bayerns, Niedersachsens und Sachsens für einen Bildungsstaatsvertrag+++](#)

[VDR sieht Bildungspolitik 2013 vor großen Herausforderungen –Chancengleichheit beginnt im Elternhaus+++](#)

[DPoIG unterstützt Initiative zur Entwicklung einer nationalen Anti-Terror-Strategie+++](#)

aktuell

54. dbb Jahrestagung: Der öffentliche Dienst – Vorbild und Vorteil für Deutschland

(dbb) Die 54. dbb Jahrestagung fand vom 6. bis 8. Januar 2013 zum achten Mal in Köln statt und wartete mit einem Teilnehmerrekord auf: 730 Gäste aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Gewerkschaften und Medien folgten den ebenso engagierten wie kurzweiligen Vorträgen und Diskussionen rund um das Thema „Der öffentliche Dienst – Vorbild und Vorteil für Deutschland“. dbb Chef Klaus Dauderstädt eröffnete am 7. Januar die Tagung mit dem Appell an die Politik, die Beschäftigten bei Reformen im öffentlichen Dienst stärker als bisher zu beteiligen. „Hier wird so oft über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden, dass den Beschäftigten davon schwindelig wird.“

Dauderstädt: Öffentlicher Dienst - Mediator zwischen Bürgern und Staat

Unter Hinweis auf das Motto erinnerte Dauderstädt die Politiker daran, wie viel Engagement und Kompetenz im öffentlichen Dienst stecken. „Wir halten im Alltag unseren Kopf für Regierungsentscheidungen hin, müssen im Extremfall – wie bei der Polizei, in der Justiz oder in Job-Centern – sogar Leib und Leben einsetzen, gibt uns das nicht auch einen Anspruch, bei der Ausgestaltung unseres Rechtsstaates mehr mit zu entscheiden? Müssen wir nicht gemeinsam darüber nachdenken, wie wir Staatsbürger und Staatsgewalt generell wieder enger zusammenbringen und ist der öffentliche Dienst dabei nicht der ideale Mediator? Warum wollen Sie unsere Erfahrung und Kompetenz bei solchen Organisationsmaßnahmen nicht besser nutzen?“

„Glauben Sie mir, da gibt es exzellente Fachleute in den Verwaltungen, die gute Ideen hätten, wie Zuständigkeitskonflikte vermieden, bürokratische Hemmnisse überwunden und Probleme in IT-Systemen gelöst werden können“, bekräftigte Dauderstädt. Zudem bot der dbb Chef der Bundesregierung erneut einen umfassenden Demografie-Pakt an: „Wir haben der Politik bereits auf dem dbb Gewerkschaftstag im November 2012 ein entsprechendes Angebot gemacht und konkrete Maßnahmen von der Nachwuchsgewinnung bis zum Gesundheitsmanagement vorgeschlagen“, so Dauderstädt. „Jetzt gilt es, passende Antworten für alle beruflichen Phasen zu finden - denn jedes Alter zählt!“

Friedrich: Hervorragender öffentlicher Dienst wichtiger Standortfaktor

In seinem anschließenden Vortrag würdigte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich die Leistungen des öffentlichen Dienstes:

„Deutschland hat einen hervorragenden öffentlichen Dienst. Unsere loyale und gut funktionierende Verwaltung ist eine der wichtigsten Erfolgsgrundlagen für den Standort Deutschland.“

In den vergangenen Jahren hätten Gewerkschaften und öffentliche Arbeitgeber gemeinsam viel für dessen Modernisierung getan, so Friedrich. „Der öffentliche Dienst ist Teil des Fortschritts und mitten in der Gesellschaft.“ Allerdings gebe es noch eine Reihe von anstehenden Herausforderungen, beispielsweise die Finanzierung und Portabilität von Versorgungsansprüchen, die allgemeine Stellenausstattung und auch das Streikverbot für Beamte. Gerade Letzteres sei als tragende Säule des Berufsbeamtentums auch künftig unverzichtbar.

Die vom dbb kritisierten Unterschiede in den Ländern durch die Föderalismusreformen, insbesondere in der Beamtenbesoldung, verteidigte Friedrich. Die neuen Gestaltungsmöglichkeiten der Länder wären gut für den Wettbewerb. Das Grundgesetz dürfe kein politischer Spielball werden, um „tagespolitische“ Probleme zu lösen. Die dbb Forderung nach einer Zusammenlegung der Tarifverhandlungen für Bund, Länder und Gemeinden hat sich der Bundesinnenminister auf der dbb Jahrestagung zu Eigen gemacht: „Ich hoffe auf eine Rückkehr zu gemeinsamen Verhandlungen. Auch, um ein einheitliches Bild des öffentlichen Dienstes zu schaffen.“ Derzeit verhandeln Bund und Kommunen, sowie die Länder getrennt voneinander.

Jäger: Modernes Personalmarketing zur Nachwuchsgewinnung notwendig

Der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger würdigte Rolle und Bedeutung des öffentlichen Dienstes als Garant des Staates für

eine funktionierende Demokratie. Insbesondere stellte er die Mittlerfunktion der Beschäftigten bei der Durchsetzung staatlichen Interesses und der Berücksichtigung der Ansprüche der Bürger heraus.

Jäger wies dabei auf die sich verändernden Tätigkeitsfelder hin, die das staatliche Handeln bestimmen: „Dazu gehört unter anderem für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, allen jungen Menschen einen guten Bildungsabschluss zu ermöglichen und dem Klimawandel sowie den Folgen der demografischen Entwicklung zu begegnen.“ Dies gelinge nur, wenn der Staat sich künftig noch stärker als Dienstleister begreife und die Bürgerzufriedenheit als Indikator des Verwaltungshandelns ansehe. Damit die Beschäftigten ihre Aufgaben flexibel und effektiv erfüllen können, sei eine von Respekt und Sachlichkeit geprägte „gesunde Führungskultur“ und ein anforderungsspezifisches Gesundheitsmanagement notwendig.

Zur Nachwuchsgewinnung regte Jäger die Einführung eines modernen Personalmarketings für Bund, Länder und Kommunen an, das die Attraktivität einer Tätigkeit im öffentlichen Dienst herausstelle. Er nannte unter anderem die Nutzung flexibler Arbeitszeitmodelle oder die gute Verknüpfung von Familie und Beruf, wobei eine Teilzeitbeschäftigung sich nicht zum Karrierehemmnis entwickeln dürfe. Auch Migranten müssten in Folge der sich verändernden Gesellschaftstruktur verstärkt für den öffentlichen Dienst geworben werden.

Podiumsdiskussion: Wertschätzung für den öffentlichen Dienst

Die Rolle des öffentlichen Dienstes als Vorteil und Vorbild war Leitthema der vom Fernsehjournalisten Tom Buhrow moderierten Podiumsdiskussion mit Vertretern der Fraktionen des Deutschen Bundestages. Einig zeigte sich das Podium in der Wertschätzung für den öffentlichen Dienst als Garanten für ein gleichermaßen leistungsfähiges wie bürgerfreundliches Gemeinwesen, das im europäischen Vergleich ohne Konkurrenz sei. Konsens herrschte mehrheitlich in den Fragen zum Erhalt des Berufsbeamtentums insbesondere in hoheitlichen Bereichen sowie bei der Stärkung der Kernbereiche staatlichen Handelns, beispielsweise in der Finanz-, Sicherheits- und Bildungspolitik.

Durchaus kontrovers fielen indes die Antworten auf die Frage aus, wie der Staat verbesserte Dienstleistungen finanzieren könne: Während Marco Buschmann als Vertreter der FDP-Fraktion Privatisierungen im Bereich der staatlichen Hoheitsverwaltung zwar eine Absage erteilte, diese für die Leistungsverwaltung aber befürwortete, kritisierte der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Hartmann, dass der Profit allzu lange im Mittelpunkt gestanden habe, die Rechnung aber nicht aufgegangen sei: „Wir haben viel Lehrgeld bezahlt – Strom- und Wasserversorgung zum Beispiel müssen öffentliches Gut bleiben.“ Der CDU-Innenpolitiker Armin Schuster zeigte sich überzeugt, dass Investoren und Bürger sich auf einheitliche Qualitätsstandards des öffentlichen Dienstes verlassen können. Das Thema Privatisierung hält er jedoch für weitgehend überschätzt: „Die Potenziale sind weitestgehend ausgeschöpft. Bei privaten Unternehmen ist Outsourcing längst wieder out.“

Konstantin von Notz von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezeichnete Wiedervereinigung und Finanzkrise als größte Herausforderungen der vergangenen Jahrzehnte: „Hier hat sich gezeigt, dass wir ein funktionierendes Staatswesen haben. Das Berufsbeamtentum steht für von Notz nicht zur Disposition, doch müsse es „immer wieder angepasst werden“. Der Innenpolitiker der Linkspartei, Frank Tempel, nannte die breite Palette der Leistungen, die der solidarisch finanzierte öffentliche Dienst den Bürgern von Sicherheit bis Kindererziehung biete, einen Vorzug, der nicht überboten werden könne. Er warnte davor, an falscher Stelle zu sparen und forderte eine verbesserte Aufgabenkritik.

Di Fabio: Politische Prozesse nicht delegitimieren

Der ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts Udo Di Fabio eröffnete mit einem Vortrag unter dem Titel „Justiz als TÜV für die Politik“ den zweiten Tagungstag. Dabei verteidigte er das von Bürgern und Medien oft kritisierte Spannungsverhältnis zwischen Verfassungsrichtern und Gesetzgebern und sprach sich gegen eine Delegitimierung politischer Prozesse aus. Die Arbeitsteilung zwischen Legislative und Judikative biete „eine größere Gewähr, dass Gesetze auch vollziehbar sind.“ Dies sei auch für die öffentliche Verwaltung entscheidend, denn der Gleichheitsgrundsatz

des Grundgesetzes solle sich auch in der praktischen Anwendung der Gesetze niederschlagen.

Unter diesem Gesichtspunkt seien auch die im Grundgesetz genannten hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums zu verstehen. Diese seien nicht als soziale Wohltat für Beamte gedacht, sondern ermöglichten die formal korrekte Umsetzung der Gesetze durch die Verwaltung, so Di Fabio. Damit dienten sie letztlich auch dem Schutz der Freiheit der Bürger, da sie diesen die Überprüfung und Einspruchsmöglichkeiten bezüglich ihres Einzelfalls eröffneten.

Di Fabio verwahrte sich gegen die Rollenzuschreibung als „Reparaturbetrieb der Politik“ für das Bundesverfassungsgericht. Die in den Medien oft zitierte „schallende Ohrfeige“ für die Politik sei oft eine Fehleinschätzung. Letztlich handele es sich in den meisten Fällen lediglich um unterschiedliche, jedoch nachvollziehbare Interpretationen eines Sachverhalts. Allerdings sei es innerhalb des parlamentarischen Systems, das auf Verhandlungen und Kompromissen basiere, für die Politik sehr schwierig, eine juristische Konzeption im Gesetzgebungsverfahren durchzuhalten. Letztlich sei das Zusammenspiel von allen Gewalten, auch wenn die rechtsstaatlichen Prozesse mitunter langwierig seien, der Garant für Gerechtigkeit.

Streitgespräch: Privatisierung kein Selbstzweck

Zum Abschluss der dbb Jahrestagung diskutierten FDP-Generalsekretär Patrick Döring und Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), in einem erneut von Tom Buhrow moderierten Streitgespräch das Für und Wider der Privatisierung öffentlicher Aufgaben. Trotz vieler Gegensätze in den Auffassungen herrschte Einigkeit in der Einschätzung, dass das in den 1970er und -80er Jahren in Bund, Ländern und Kommunen gleichermaßen als Erfolgsrezept zur Schonung der öffentlichen Haushalte propagierte Modell „Privat vor Staat“ heute eher skeptisch zu bewerten sei.

„Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben für Misstrauen gesorgt. Die Bürger wünschen sich wieder einen starken Staat und zeigen großes Interesse, wie ihr

Lebensumfeld organisiert wird“, machte DStGB-Geschäftsführer Gerd Landsberg am Beispiel des Bürgerbegehrens zum Teilrückkauf der privatisierten Leipziger Versorgungsbetriebe deutlich. „Die Beteiligung an dieser Abstimmung war höher als bei der letzten Oberbürgermeisterwahl.“ Auch der FDP-Generalsekretär bewertete die Überführung staatlicher Aufgaben in den privatwirtschaftlichen Bereich kritisch: „Privatisierung darf kein Selbstzweck sein.“ Dies gelte vorrangig für hoheitliche Aufgaben: „Ein solches Vorgehen würde Interessen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger nicht entsprechen“, räumte Patrick Döring ein. Dennoch sei es ratsam, gerade bei der Bereitstellung kommunaler Dienstleistungen auf private Wettbewerber zu setzen: „Häufig unterbreiten Kommunen schlechtere Angebote als die Privaten.“

„Das liegt nicht zuletzt daran, dass die Kommunen alles ausbaden müssen“, konterte Gerd Landsberg mit dem Hinweis auf die Vielzahl „sozialer Pflichtaufgaben“, die der Gesetzgeber den Kommunen aufbürde. Sobald die Rede auf die hohe Verschuldung vieler Städte und Gemeinden komme, würden vermeintlich überbeuerte kommunale Bauvorhaben, wie etwa Schwimmbäder oder Freizeiteinrichtungen als überflüssige Prestige-Projekte geschmäht: „Dass die Kommunen die enorm hohen Kosten für Sozialhilfe, soziale Infrastruktur und die Eingliederung Behinderter mehrheitlich aus eigenen Mitteln bewältigen müssen, darüber spricht niemand so gerne,“ kritisierte der DStGB-Geschäftsführer und machte dies am Beispiel der Krippenplätze deutlich: Es sei der Bund gewesen, der das finanzielle Dilemma mit seiner Zusage von Kinderbetreuungsplätzen für unter Dreijährige vergrößert habe: „Was wir brauchen, ist die Umwidmung allgemeiner staatlicher Förderungsleistungen in soziale Infrastruktur. Konkret: Was bringt ein mit der Gießkanne gestreutes Betreuungsgeld im Vergleich zu direkten Leistungen für den Aufbau von Schulen und Kindergärten?“

Schlusswort: Politik an ihren Taten messen

Zum Abschluss der Tagung dankte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt allen Teilnehmern und Organisatoren. Angesichts des vielfältigen Lobs könnten der öffentliche Dienst und der dbb als Interessenvertretung der Beschäftigten selbstbewusst in die Zukunft

schauen. Allerdings wolle man gerade im Wahljahr 2013 die Politik an ihren Taten messen. „Das gilt insbesondere für die anstehende Tarifrunde der Länder und die Übertragung des Ergebnisses auf die Beamten“, so Dau-

derstädt. Der dbb wolle aber bei allen anstehenden Aufgaben Angebote mache und konstruktiver Partner sein.
(01/01/13)

Einkommensrunde Länder - dbb Spitze: Wir wollen von der Politik wissen, was der öffentliche Dienst wert ist“

(dbb) Im Vorfeld der Einkommensrunde 2013 für die Beschäftigten der Länder hat die dbb-Spitze ihre Forderung nach 6,5 Prozent mehr Gehalt bekräftigt. Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt sagte dem Kölner Stadtanzeiger am 5. Januar 2012: „In Umfragen sagen die Bürger immer wieder, dass der öffentliche Dienst leistungsstark, effizient und hilfreich ist. Wir wollen von der Politik wissen, was ihr der öffentliche Dienst Wert ist.“ Ebenso sieht es der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, Willi Russ, der am selben Tag in der Stuttgarter Zeitung betonte: „Wer einen guten öffentlichen Dienst haben will, muss dafür ein paar Euro abdrücken.“

„Wir sagen selbstbewusst, wir sind vorbildlich im Vergleich zu vielen anderen europäischen Ländern, wo es keinen gut arbeitenden öffentlichen Dienst gibt. Wir sind ein Vorteil für das Land, weil wir durch unsere Stabilität Standortvorteile garantieren. Das berücksichtigen Investoren im globalen Wettbewerb“, so Dauderstädt weiter. Damit dies auch weiterhin so bleibe, sei eine gute Bezahlung notwendig, da der öffentliche Dienst bei der Nachwuchsgewinnung sonst ins Hintertreffen gerate. Zwar wisse man – insbesondere vor dem Hintergrund der Schuldenbremse – um die Finanzsituation der Länder, sagte Russ. Dies könne die Gewerkschaften angesichts der steigenden

Steuereinnahmen aber nicht davon abhalten, einen „gerechten Anteil für die Mitglieder zu fordern“.

Im Fokus steht für die dbb-Spitze auch die Übertragung des Tarifiergebnisses auf die Beamten, auch wenn sich einige Länder noch dagegen sperren.

„Das werden wir nicht akzeptieren“, machte Dauderstädt deutlich. „Der Beamte hat die gleiche Inflation, die gleiche Energiekostensteigerung auszuhalten, wie der mit ihm zusammen arbeitenden Angestellte.“
(02/01/13)

Einkommensrunde Länder 2013 - Russ: Bei der Lehrereingruppierung müssen wir vorankommen

(dbb) Die Verhandlungen über eine tarifliche Absicherung für die deutschlandweit rund 200.000 angestellten Lehrerinnen und Lehrer zählen für Willi Russ, dbb Fachvorstand Tarif und Verhandlungsführer für die Ende Januar beginnende Einkommensrunde, zu den besonders schwierigen Punkten des gewerkschaftlichen Forderungspakets. „Diese Gruppe der Arbeitnehmer fällt unter keine Eingruppierungsordnung. Stattdessen erfolgt die Bezahlung per ordre de mufti, liegt also im Ermessen der Länder als Arbeitgeber. Wir wollen diesen Anachronismus seit vielen Jahren beseitigen und eine Eingruppierungsordnung schaffen“, betonte Russ im Interview mit der „Rheinpfalz“ (Ausgabe vom 9. Januar 2013).

Die Ablehnung der bereits zur Einkommensrunde 2011 an die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) herangetragenen dbb-Forderung für eine Lehrer-Tarifordnung, habe bei den Betroffenen zu großen Frustrationen geführt: „Seitdem haben wir zu diesem Thema eine permanente Auseinandersetzung, vor

allem in den neuen Bundesländern. Deshalb müssen wir in dieser Tarifrunde einen deutlichen Schritt hin zu einer Grundtarifizierung machen“, so Russ weiter.

Der dbb Verhandlungsführer bezweifelt, dass die Schaffung dieser neuartigen Tarifstruktur

wegen des großen Nachholbedarfs „in einem Schritt“ gelingen kann. Seit den letzten Verhandlungen habe der dbb mehrere Versuche unternommen, sich mit der Arbeitgeberseite zu verständigen, auch gebe es eindeutige Signale, dass die Arbeitgeberseite diese Baustelle abräumen möchte. „Die Frage ist nur, in welchem Umfang. Und der Teufel steckt da eben

im Detail. Denn aufgrund des seit langem anhaltenden tariflosen Zustandes ist die Lage in jedem Bundesland anders. Aus unserer Sicht müssen wir in dieser Runde mindestens einen Fuß in die Tür bekommen. Und ich bin bedingt optimistisch, dass das gelingt.“
(03/01/13)

Föderalismusreform: dbb Chef Dauderstädt sieht Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse gefährdet

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat im Gespräch mit der Deutschen Presseagentur (dpa) am 6. Januar 2013 eine Korrektur der Föderalismusreform von 2006 verlangt. Nicht nur in der Bildungspolitik gebe es „mit dem unsäglichen Kooperationsverbot von Bund und Ländern“ Probleme - sondern auch bei der Beamtenbesoldung. „Wir erleben heute, dass sich die Bezüge der Landesbeamten bei gleicher Tätigkeit immer weiter auseinanderentwickeln, zum Teil bis zu 400 Euro monatlich“, sagte Dauderstädt.

Unmittelbar nach der Föderalismusreform und der Übertragung der Besoldungskompetenz auf die Länder hätten die Ministerpräsidenten noch beteuert, nach gemeinsamen Wegen zu suchen. In Wirklichkeit würden heute die Unterschiede über alle 16 Länder hinweg immer größer. Dies gelte nicht nur für die Gehälter sondern auch für das Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie die Arbeitszeit.

Eine der Kernforderung des dbb für die Ende Januar beginnende Tarifrunde des öffentlichen Dienst der Länder ist die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung der Einkommensverbesserungen der Angestellten auch auf die Beamten und Versorgungsempfänger. Dauderstädt:

„Angesichts der Auseinanderentwicklung der Bezüge in den 16 Bundesländern kann heute von der im Grundgesetz verlangten Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse keine Rede mehr sein.“ Ärmeren Bundesländern falle es immer schwerer, gute Steuerbeamte, Staatsanwälte, Lehrer oder Polizisten für den Staatsdienst zu gewinnen - und sie dauerhaft als Mitarbeiter zu halten. „Wir wissen, dass die Hürden für eine erneute Verfassungsänderung hoch sind“, erklärte der dbb-Chef. Gleichwohl gebe es auch alternative Möglichkeiten, etwa durch Staatsvertrag: „Wir werden weiter Stachel im Fleisch bleiben und auf Fehlentwicklungen hinweisen.“
(04/01/13)

dbb gegen weitere Privatisierungen staatlicher Aufgaben und Einrichtungen

(dbb) Der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt hat die jüngste Privatisierungs-Initiative des Bundeswirtschaftsministers zurückgewiesen. „Davon halte ich überhaupt nichts. Dem werden wir uns widersetzen“, sagte der dbb Chef den in Münster erscheinenden „Westfälischen Nachrichten“ (Ausgabe vom 9. Januar .2013) in einem Interview. Die von Forsa durchgeführte dbb Bürgerbefragung ergebe seit Jahren konstant, dass durch Privatisierung aus Sicht der Bürger nichts besser, sondern vieles teurer geworden sei. Die Menschen sprächen sich danach einhellig gegen weitere Privatisierungsmaßnahmen aus.

Dauderstädt zeigte sich vor der am 30. Januar beginnenden Einkommensrunde im öffentlichen Dienst mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zudem entschlossen, spürbare Einkommensverbesserungen für die Beschäftigten zu erreichen: „Die TdL hat uns eine Verhandlungsscrew vorgesetzt, die vor allem

aus finanzschwachen Ländern besteht. Wir sehen das auch als Signal der Arbeitgeber, um allzu großen Erwartungen der Gewerkschaften von vornherein einen Riegel vorzuschieben. Das wird uns nicht abschrecken“, sagte Dauderstädt. „Wir wollen an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilhaben.“

Zugleich betonte er aber auch die konstruktive Haltung, die der dbb im anstehenden Tarifkon-

flikt einnehmen wolle: „Wir sind entschlossen, uns am Verhandlungstisch zu einigen.“
(05/01/13)

dbb bundesfrauenvertretung: Familienfreundlichkeit entscheidet im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte

(dbb) Der öffentliche Dienst sollte sich beeilen, qualifizierte Betreuungsangebote für alle Beschäftigten zugänglich zu machen – ungeachtet ihres Einkommens und angepasst an ihre Arbeitszeiten. „Vor allem Beschäftigte im Schichtdienst, aber auch allein Erziehende haben große Probleme, die Kindererziehung mit dem Berufsalltag zu vereinen,“ sagte die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, Helene Wildfeuer, am 7. Januar 2013 auf der dbb Jahrestagung in Köln. „Im Ringen um die besten Fachkräfte ist Familienfreundlichkeit ein klarer Wettbewerbsvorteil. Der öffentliche Dienst muss diesen Trumpf schleunigst ausspielen und im Berufsalltag Platz für die Familie schaffen.“

Die Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung bekräftigte damit die Einschätzung von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, der in seiner Rede vor den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der dbb Jahrestagung mit Blick auf die Nachwuchsgewinnung „flexible, familienfreundliche Arbeitsplätze als eine Stärke des öffentlichen Dienstes“ hervorgehoben hat-

te. „Diese Nachricht ist längst noch nicht in allen Dienststellen angekommen. Die dbb Mitgliedsverbände müssen deshalb noch deutlicher für eine flexiblere, familienorientierte Arbeitsplatzgestaltung in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes streiten“, forderte Wildfeuer.
(06/01/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb berlin fordert Angleichung der Beamteneinkommen an bundesweit übliches Niveau

Nach der Rückkehr Berlins in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hat der Vorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann, die Forderung nach einer Angleichung der Besoldung der Berliner Beamten an das Bundesniveau bekräftigt. Die Besoldung der 67.000 Berliner Landesbeamten ebenso schrittweise anzugleichen wie die Vergütungen der 47.000 Arbeitnehmer im Landesdienst sei zwar politische Absicht des Senats, räumte Jetschmann in der Berliner Morgenpost vom 5. Januar 2013 ein, „aber für den Haushalt 2014/2015 muss dieses Vorhaben jetzt konkretisiert werden, am besten in einem Landesbesoldungsgesetz.“

Die Zusage, die Differenz der Tarifgehälter im Berliner öffentlichen Dienst bis 2017 schrittweise auszugleichen, war eine der Voraussetzungen für die Wiederaufnahme Berlins in die TdL. Für den dbb Landeschef ist eine „konkurrenzfähige Bezahlung“ der Landesbeamten ebenfalls eine wichtige Voraussetzung für ein lange überfälliges Konzept zur Personalentwicklung in Berlins Behörden: „Die jungen Leute gucken ganz genau, wie viel sie wo verdienen können – und wir in Berlin brauchen dringend Nachwuchs“, sagte Jetschmann der Zeitung.

Die Differenz der Einkommen zwischen Berlin und den Beschäftigten im öffentlichen Dienst der anderen Bundesländer beträgt derzeit knapp acht Prozent. Der dbb Landeschef gab in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass der Abstand sich vergrößern könnte, weil die Einkommen der Beamten in den Nachbarländern in den kommenden fünf Jahren steigen. „Um zu verhindern, dass Berlin weiter im Hintertreffen bleibt, muss die Angleichung an das bundesweit übliche Besoldungsniveau rasch gesetzlich festgeschrieben werden.“
(07/01/13)

BBW-Chef Stich empört über Neuregelung des Haushaltsbegleitgesetzes: Schlechterstellung freiwillig weiterarbeitender Beamter ist ungerecht!

(dbb) Mit Empörung hat Volker Stich, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender und Vorsitzender des BBW Beamtenbund Tarifunion Baden-Württemberg, auf eine kurz vor der Jahreswende erfolgte Neuregelung des Landesbesoldungsgesetzes reagiert. Einen Tag vor der Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes 2013/2014 hätten die Fraktionen von Bündnisgrünen und SPD noch einen Änderungsantrag (DS 15/2717) zum Regierungsentwurf „aus dem Hut gezaubert“ und so dafür gesorgt, „dass den Besserverdienenden unter den Beamten der zehnpromtente Bonus für die freiwillige Weiterarbeit über die Pensionsgrenze hinaus gestrichen wurde“. Der BBW-Chef spricht von Nadelstichen: „Das ist offensichtlich der neue politische Stil in diesem Land, sagte Stich am 9. Januar 2013.

Die Neuregelung im Landesbesoldungsgesetz durch das Haushaltsbegleitgesetz 2013/2014 (Gesetzblatt vom 21. Dezember 2012, S. 677 ff.) greift zum Stichtag 1. Januar 2013. Betroffen sind Beamte und Richter der Besoldungsgruppen B 2 bis B 11, R 3 bis R 8, W 3 und C 4 kw. Für Beamte und Richter, deren Ruhestand wegen Erreichens der Altersgrenze vor dem 1. Januar 2013 hinausgeschoben wurde, gilt Paragraph 73 LBesGBW in der Fassung vor Inkrafttreten dieses Gesetzes.

Seit dem Inkrafttreten der Dienstrechtsreform besteht die Möglichkeit, auf Antrag über die gesetzliche Altersgrenze hinaus bis 68 zu arbeiten, wenn dem dienstlich nichts entgegensteht. Beamtinnen und Beamte der Polizei, im Vollzugsdienst und im Einsatzdienst der Feuerwehr können ihre Dienstzeit bis höchstens 63 verlängern. Abhängig vom Werdegang zählt die Zeit, die länger gearbeitet wird, auch für die spätere Pension, sofern nicht schon der höchste Ruhegehaltssatz erreicht wurde. Ist

der Höchstruhegehaltssatz erreicht, wurde bisher das monatliche Gehalt für alle Besoldungsgruppen um einen Zuschlag von zehn Prozent aufgestockt. Dass es zu dieser Regelung kam, die sich bewährt hat, geht auf Initiative des BBW zurück. Sie war der Kompromiss, auf den die Regierung Oettinger seinerzeit eingegangen war und damit den Streit mit dem BBW um die im Land geplante vorgezogene Pension mit 67 beendete.

Ob das Modell zur freiwilligen Weiterarbeit auch nach dem Zurechtstutzen durch Grün-Rot auf Erfolgskurs bleibt, müsse man abwarten, heißt es in der Mitteilung des BBW und weiter: „Dass allerdings der Unterschied in der Besoldung zwischen A 16 und B 2 nur 270 Euro ausmacht und im Endeffekt ein ‚Freiwilliger‘ mit A 16 plus Bonus dank der Neuregelung mehr bekommt als ein ‚Freiwilliger‘ mit B 2 hält der BBW nicht nur für ungerechtfertigt sondern für ungerecht.“
(08/01/13)

tbb fordert erneut Streichung der Praxisgebühr auch für Thüringer Beamte

(dbb) Der Thüringer Beamtenbund (tbb) hat seine Forderung an Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht zur Abschaffung der Praxisgebühr auch für Thüringer Beamtinnen und Beamte erneuert. „Wer von immer weniger Personal immer mehr Leistungen erwartet, darf dieses Personal nicht auch noch verspotten“, sagte tbb-Chef Helmut Liedermann am 3. Januar 2013 in Erfurt.

„Es ist nicht vermittelbar und kann von den Betroffenen zurecht nur als Geringschätzung verstanden werden, wenn für sie nachteilige Regelungen immer sofort umgesetzt werden, deren Abschaffung hingegen in Thüringen im Gegensatz zur Bundesebene langwieriger Prüfungen bedarf“, so Liedermann weiter. „An dieser Stelle wird leider sehr deutlich, dass die immer wiederkehrenden Äußerungen zur

Wertschätzung der Arbeit von Feuerwehrleuten, Polizisten und all den anderen Beamten nur Sonntagsreden sind.“

Der tbb hatte die Forderung nach Streichung der Praxisgebühr auch für die Landesbeamten bereits am 7. November und 3. Dezember 2012 erhoben. Ministerpräsidentin Lieberknecht hatte jeweils eine wohlwollende Prü-

fung zugesichert. „Das neue Jahr hat begonnen, die Praxisgebühr für gesetzlich Krankenversicherte und für Beamte des Bundes ist abgeschafft. Thüringer Beamtinnen und Beamte hingegen zahlen nach wie vor den sogenannten Eigenbehalt bei der Beihilfe, der 2004

zeitgleich in Analogie zur Praxisgebühr eingeführt worden war und aktuell vier Euro je Rechnungsbeleg beträgt. Das ist ungerecht“, stellte Liebermann klar.
(09/01/13)

DPHV begrüßt Vorstoß Bayerns, Niedersachsens und Sachsens für einen Bildungsstaatsvertrag

(dbb) Als einen grundsätzlich begrüßenswerten Vorstoß hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), Heinz-Peter Meidinger, das Eintreten der Kultusminister von Bayern, Niedersachsen und Sachsen für einen Bildungsstaatsvertrag gewertet. „Jede Initiative, die die Qualität von Bildung in Deutschland sichern hilft, und die insbesondere die Mobilitätshindernisse für Familien und Lehrkräfte verringert, ist willkommen und positiv. Solange der Wechsel von einem Bundesland in das andere wegen unterschiedlicher Niveaus und Lehrpläne massive Probleme für die weitere erfolgreiche Schullaufbahn von Kindern zur Folge haben kann, ist in diesem Bereich hoher Handlungsbedarf“, sagte Meidinger am 10. Januar 2013 in Berlin.

Allerdings stecke hinter einem solchen Vorstoß von Schulministern auch das Eingeständnis, dass die bisherigen Beschlüsse der Kultusministerkonferenz trotz gegenteiliger Beteuerungen wenig Wirkung gezeigt haben beziehungsweise nur unzureichend umgesetzt worden seien, gab der DPHV-Chef zu bedenken.

Ein solcher Staatsvertrag könne nur erfolgreich sein, wenn sich alle Bundesländer anschließen: „Aus diesem Grund wäre es sinnvoll, wenn die Betroffenen, also Familien mit schulpflichtigen Kindern und Lehrkräfte, in den noch abseits stehenden Bundesländern politisch entsprechend Druck machen“, so Meidinger.
(10/01/13)

VDR sieht Bildungspolitik 2013 vor großen Herausforderungen – Chancengleichheit beginnt im Elternhaus

(dbb) „Wer eine zukunftsbezogene Bildungspolitik in Deutschland gestalten möchte, der muss auch künftig auf Qualität in der Bildung setzen. Alle Forschungsergebnisse der vergangenen Jahre belegen eindrucksvoll, dass zwischen der Qualität der Bildung und dem erfolgreichen Übergang der jungen Menschen in die Berufswelt ein enger Zusammenhang besteht“, betonte der Bundesvorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, am 6. Januar 2013 in seinem Ausblick auf das neue Jahr.

Die großen Fragen unserer Zeit, wie der sich verstärkende Fachkräftemangel als Folge der demografischen Entwicklung in Deutschland, die Frage der Integration von Kindern mit ausländischen Wurzeln und die sinnvolle Umsetzung der Inklusion könnten nur gelöst werden, wenn die Qualität der erreichten Schulabschlüsse stimme, machte Böhm deutlich. „Eine quotenorientierte Bildungspolitik, die nur nach Abschlüssen auf dem Papier, jedoch nicht nach Qualität und den vermittelten Inhalten des jeweiligen Abschlusses und Bildungsganges fragt, nützt niemandem.“

Hinter einem Hauptschulabschluss, einem Realschulabschluss oder einem Abitur müsse weiterhin ein hoher Qualitätsanspruch stecken, der den Jugendlichen alle Möglichkeiten des Übergangs in die Berufswelt oder zu weiteren schulischen oder universitären Angeboten eröffnet, so der VDR-Bundesvorsitzende.

„Den Jugendlichen muss mit der Berechtigung eines Bildungsabschlusses die Sicherheit gegeben werden, mit diesem Abschluss auch für eine Berufsausbildung befähigt zu sein. Ein qualitativ starkes, durchlässiges, differenziertes Schulwesen, das auf die Bedürfnisse des ein-

zelen Kindes eingeht und den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts begegnet – das

muss die Antwort einer modernen Bildungspolitik im Jahre 2013 sein.“
(11/01/13)

DPOIG unterstützt Initiative zur Entwicklung einer nationalen Anti-Terror-Strategie

(dbb) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) unterstützt den Vorschlag des niedersächsischen Innenministers Uwe Schünemann, eine nationale Anti-Terror-Strategie zu entwickeln. Schünemann, der am 8. Januar 2013 turnusmäßig den Vorsitz der Innenministerkonferenz (IMK) übernommen hat, fordere „zu Recht ein strategisches Rahmenkonzept zur Terrorbekämpfung ein, das der Bund ressortübergreifend in Zusammenarbeit mit den Ländern erstellen soll“, sagte der DPOIG Bundesvorsitzende Rainer Wendt am Tag vor Schünemanns Amtsübernahme.

„Der Bombenfund im Dezember am Bonner Hauptbahnhof führte uns erneut vor Augen, dass Deutschland nach wie vor im Fokus terroristischer Bestrebungen steht. Deutschland braucht deshalb dringend eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung des Terrorismus“, so Wendt weiter. Das nebeneinander und teils auch aneinander vorbei Agieren der einzelnen Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern müsse beendet werden. „Stattdessen sollte – wie Schünemann richtig fordert - eine zentrale Koordinierungsstelle beim gemeinsamen Terror- und Extremismusabwehrzentrum geschaffen werden, natürlich unter Einbindung der Länder.“

Im Kampf gegen die Terrorismusgefahr aus dem islamistischen Bereich sowie den Links-

und Rechtsextremismus komme es mehr denn je auf die Bündelung von Kräften an. Das müsse auch die Lehre aus den NSU-Morden sein. Auch sollte die Analysefähigkeit von vorliegenden Daten und Ermittlungsergebnissen weiter verbessert werden, forderte Wendt.

„Nicht zuletzt“, so monierte der DPOIG-Bundesvorsitzende, „gibt es hierzulande zu viele Datenschutzvorschriften, die verhindern, dass Polizisten untereinander Daten austauschen, die zur Strafverfolgung notwendig sind. Entscheidend ist bei einer dezentralen Organisationsstruktur, wie wir sie haben, dass Informationen zentral gesteuert werden.“
(12/01/13)